



Österreichischer Gemeindebund

An das
Bundeskanzleramt
Ballhausplatz 2
1014 Wien

Per Mail: v@bka.gv.at
begutachtungsverfahren@parlament.gv.at

Wien, am 27. August 2008
 Zl. K-400/270808/DR, AR

GZ: BKA 632 371/1/1-V/2a/06

Betreff: Bundesgesetz mit dem das Bundespflegegeldgesetz geändert wird

Sehr geehrte Damen und Herren!

In Ergänzung zu unserer Stellungnahme vom 20. August 2008 erlaubt sich der Österreichische Gemeindebund **folgende Stellungnahme** nachzureichen, die auf eine Initiative des Oberösterreichischen Gemeindebundes zurück geht, und die der Österreichische Gemeindebund vollinhaltlich teilt.

In Oberösterreich wird seitens des Gemeindebundes aber auch des Landes massiv gefordert, dass das Pflegegeld auch für Heimbewohner zu 100 % ausbezahlt wird. Derzeit werden für Bewohner von Pflegeheimen nur 80 % des Pflegegeldes der jeweiligen Stufe ausbezahlt. Diese Schlechterstellung von Heimbewohnern beim Pflegegeld führt zu ständig steigenden Kosten und wachsenden Finanzierungslücken in den Sozialhilfeverbänden und zum Anwachsen des Bedarfes nach Zuschüssen im Pflegebereich.

Wir ersuchen, auch diesen Aspekt unserer Stellungnahme zu berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüßen

Für den Österreichischen Gemeindebund:

Der Generalsekretär:

Hink e.h.

vortr. HR Dr. Robert Hink

Der Präsident:

Mödlhammer e.h.

Bgm. Helmut Mödlhammer

